

**21.3.2007:**

## **Schlussstrich ? Die Geschichte der Restitution**

Buchpräsentation und Podiumsdiskussion im Parlament

Über 350 Menschen besuchten die Veranstaltung anlässlich des Erscheinens des letzten Bandes der 4 bändigen Reihe „Raub und Rückgabe – Österreich von 1938 bis heute“ der Herausgeberin Dr. Verena Pawlowsky und des Herausgeber Dr. Harald Wendelin.

Nationalratspräsidentin Mag.a Barbara Prammer hatte zunächst zugesagt, das Palais Epstein zur Verfügung zu stellen, bzw. dorthin einzuladen. Wegen des großen Interesses musste die Veranstaltung in den Sitzungssaal des Nationalrates „ausweichen“.

Die Nationalratspräsidentin betonte, dass eben kein Schlussstrich unter die NS Geschichte Österreichs gesetzt werden könne und dass Erinnerungsarbeit ihr nicht nur ein politisches sondern auch ein persönliches Anliegen sei.

Nach den Dankesworten von Waltraut Kovacic präsentierten Verena Pawlowsky und Harald Wendelin ihre Bücher.

Die im Mandelbaum-Verlag erschienene vierbändige Reihe "Raub und Rückgabe – Österreich von 1938 bis heute" hat sich zum Ziel gesetzt, die wesentlichen Ergebnisse aus dem 49 Bände und 14.000 Seiten umfassenden Endbericht der Historikerkommission in kondensierter und verständlicher Form darzustellen. Damit sollen die Ergebnisse der zahlreichen, von mehr als 160 Forschern und Forscherinnen im Auftrag der Historikerkommission durchgeführten Forschungsprojekte sowie aus der Provenienzforschung vieler Museen zu einer Vielzahl von Einzelthemen, einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Bei der Aufarbeitung wurde auch immer bewusst das Jahr 1938 als Ausgangspunkt genommen, um auf die Tatsache hinzuweisen, dass die Republik Österreich nach 1945 in diesen Fragen immer wieder auch als Rechtsnachfolger des NS-Staates agierte.

Hauptteil des Abends war dann die Diskussion mit Univ.-Prof. Dr. Clemens Jabloner, Mag.a Terezija Stoisits, Dr. Kurt Scholz und Dr. Gerhard Baumgartner unter der Leitung von Mag.a Eva Blimlinger.

Einhellig waren alle DiskutantInnen der Meinung, dass noch viel zu tun sei und dass es Wiedergutmachung nicht gäbe. Vielmehr müsse dort, wo es möglich sei für die Überlebenden rasch etwas getan werden und für die betroffenen Gruppen von Menschen wie der Roma und Sinti in eine bessere Zukunft investiert werden. Etwa durch den Bau von Schulen oder Kindergärten.

Clemens Jabloner betonte, solange man über einen "Schlussstrich" spricht, sei er noch nicht gezogen. Auch die Historikerkommission habe keine "buchhalterische Bilanz" liefern können, dazu seien die Dimensionen einfach zu groß gewesen. Als wesentliche bleibende Eindrücke seiner Arbeit in der Kommission nannte Jabloner

die Komplexität der NS-Maschinerie und ihre Modernität hinsichtlich der Managementmittel, aber auch das Fortwirken der NS-Propaganda und den Aufbau eines wirksamen antisemitischen Klischees – der "reiche" Jude bzw. das Lumpenproletariat - , das bis heute für viele Menschen eine Identifizierung mit den Opfern verhindert habe.

Terezija Stoisits betrachtete jegliche Diskussion über einen "Schlussstrich" als Provokation. Wie könne es einen "Schlussstrich" geben, wenn selbst Opferfürsorgeleistungen nicht valorisiert werden, wenn Kunstwerke in öffentlichen Sammlungen nicht von der Restitution erfasst werden, fragte sie. Es sei gerade jetzt vor dem Gedenkjahr 2008 besonders notwendig weiterzumachen, schon deshalb, da es in Österreich nie eine systematische Aufarbeitung der sogenannten Elitenkontinuität gegeben habe, war sie überzeugt.

Kurt Scholz sprach sich ebenfalls gegen einen "Schlussstrich" aus. Solange es ein Kunstwerk, eine Liegenschaft gibt, die nicht in den Händen der rechtmäßigen Erben sind, sei die Frage der Restitution nicht abgeschlossen, meinte er. Solange nicht Familienerinnerungen fortleben, sei es eine Illusion zu glauben, dass irgendwann Schweigen herrschen könne. In der Restitutionspraxis gebe es nichts zu bejubeln und zu feiern, warnte Scholz. Es gehe nicht an, dass die Restitutionsdebatte in einem schulterklopfenden Selbstlob endet, handle es sich doch bei der Restitution um nichts anderes als das Herstellen einer Normalität mit mehr als 60 Jahren Verspätung, gab er zu bedenken.

Gerhard Baumgartner betrachtete die Restitutionsdebatte aus der Sicht der Roma und stellte fest, gerade für diese Gruppe könne es keinen "Schlussstrich" geben, zumal man noch nicht einmal mit der Erhebung der Namen der Opfer angefangen habe und bei der Restitution erst ganz am Anfang stehe. Für viele Vermögenswerte gebe es heute keine Antragsteller mehr. Die Republik habe aber die eindeutige Verpflichtung, für die Roma einen Entschädigungsmechanismus zu finden, da ja einer der Hauptprofiteure der Enteignungen immer wieder auch die öffentliche Hand gewesen sei, sagte Baumgartner.